



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 18/1855, 18/2758

Für ein starkes Europa der Regionen!

Der Landtag stellt fest, dass die Europäische Union vor großen Herausforderungen steht. Die europakritischen Stimmen werden zunehmend lauter und in den Mitgliedstaaten gewinnen nationalistische Strömungen weiter an Zuwachs. Das Jahr droht für das Friedensprojekt Europa zu einem Schicksalsjahr zu werden. Die im Mai stattfindenden Europawahlen werden als erster Stimmungstest zeigen, welchen Weg die Europäische Union in Zukunft gehen wird.

Der Landtag betont, dass es in dieser Situation für die Europäische Union eines starken Partners an ihrer Seite bedarf. Diesen starken Partner findet sie in den Regionen und Städten als tragende Säulen des Ausschusses der Regionen. Sie fungieren als Bindeglied zwischen der Europäischen Union und den Bürgerinnen und Bürgern. Die Städte und Regionen sind tagtäglich mit ihren Sorgen und Nöten konfrontiert. Sie sind die Entscheider vor Ort. Nur mit deren Unterstützung kann es gelingen, verloren gegangenes Vertrauen wiederherzustellen und bei den Bürgerinnen und Bürgern für das Friedensprojekt Europa zu werben. Für die Zukunft Europas spielen die Städte und Regionen damit eine entscheidende Rolle. Landesparlamente sind entscheidende Foren des Austausches und der Politikvermittlung – sie sind Zentren einer funktionierenden, europäischen Integration.

Der Landtag begrüßt daher die in der sogenannten „Bukarester Erklärung“ des Europäischen Ausschusses der Regionen ausdrücklich geäußerte Bereitschaft der Städte und Regionen, ihren Beitrag zur Erneuerung der Europäischen Union zu leisten.

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident